

DIPPON · WITT (Hrsg.)



Herausforderung Bürgermeisteramt

Kommunales Leadership zwischen
Tradition und Transformation

Herausforderung Bürgermeisteramt

Kommunales Leadership zwischen
Tradition und Transformation

Mathis Dippon
Politik- und Verwaltungswissenschaftler

Professor Paul Witt
Dipl.-Verwaltungswirt (FH),
ehemals Rektor der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek |
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

ISBN 978-3-415-07646-4

© 2024 Richard Boorberg Verlag

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zu-
gelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Dies gilt
insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in
elektronischen Systemen.

Titelfoto: © Mertkan Tekin – [stock.adobe.com/Stadt Offenburg](https://stock.adobe.com/Stadt-Offenburg/) |
Satz: abavo GmbH, Nebelhornstraße 8, 86807 Buchloe |
Druck und Bindung: Laupp & Göbel GmbH, Robert-Bosch-Straße 42,
72810 Gomaringen

Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG | Scharrstraße 8 | 70563 Stuttgart
Stuttgart | München | Hannover | Berlin | Weimar | Dresden
www.boorberg.de

Innen entwickeln

Interview mit Hermann Vogler, Oberbürgermeister a. D. (Ravensburg)

Hermann Vogler (CDU) war von 1987 bis 2010 Oberbürgermeister von Ravensburg, einer Stadt in Oberschwaben in der Nähe des Bodensees. Er hat sich auf vielfache Weise auf dieses Amt vorbereitet, auch wenn er eine Karriere als Stadtoberhaupt lange gar nicht im Blick hatte. Als sein Vater überraschend stirbt, muss er den familieneigenen Handwerksbetrieb wenige Wochen nach dem Abitur übernehmen und vier Jahr lang führen. Diese Zeit sei nach dem ersten Schock ein „Glücksfall“ gewesen, so habe er die Füße auf den Boden der Wirklichkeit bekommen und die Lebenswirklichkeit vieler Menschen kennengelernt.



Hermann Vogler

Das Studium der Ökologie wurde damals noch als „Schmetterlingstudium“ abgetan, doch es hat Hermann Vogler stark geprägt, er habe viel über Umwelt- und Naturschutz gelernt. Dadurch entwickelte sich auch seine Vision der „nachhaltigen Stadt“ – lange bevor die Thematik in aller Munde war. Als Regionalplaner war er anschließend für die Region Bodensee-Oberschwaben zuständig und konnte so 87 Städte und Gemeinden 13 Jahre lang kennenlernen. Ein weiterer Baustein in der Vorbereitung auf das Amt des Bürgermeisters.

Dennoch wusste er nicht, was da genau auf ihn zukommen und „menschlich berühren“ würde, als er 1987 Oberbürgermeister wurde. Heute kann er ein positives Fazit ziehen: „Unterm Strich hat sich die Stadtkultur in Ravensburg gut entwickelt, es war nachhaltig und erfolgreich“. Speziell die Altstadt hat unter seiner Ägide eine transformative Entwicklung genommen. Im Interview erläutert er den Prozess und die Maßnahmen, um eine „lebendige Mitte“ zu gestalten.

Herr Vogler, was fasziniert Sie am Bürgermeisteramt?

Es sind im Grunde drei Punkte: Das eine ist die Begegnung und der Umgang mit den Menschen. Das ist mir immer schon gelegen, mit den Leuten zu reden und zu wissen, wer da vor einem steht, deren Lebensverhältnisse zu kennen. Es ist wichtig, die Menschen so zu nehmen, wie sie sind.

Zum Zweiten hat mir immer imponiert, dass Bürgermeister „Macher“ sind. In der Region war es immer mein Traum, das auch zu machen, was ich plane und als Bürgermeister hat man eine große Machtfülle – fast wie

ein König: Chef der Verwaltung, Vorsitzender des Gemeinderats mit Stimmrecht, gesetzlicher Vertreter der Stadt und außerdem Repräsentant der Stadt in der Öffentlichkeit.

Drittens: Man kann etwas bewegen, wenn man gute Arbeit macht. Das ist mir bei meiner Zeit in der Region immer wieder aufgefallen: Dort wo die Leute zupacken, hat sich auch was bewegt. Im Studium habe ich viel über Ökologie und Naturschutz gelernt. Das hat mich geprägt und mir verdeutlicht: Da braucht es ein Vorausdenken, man kann so nicht weiterwursteln.

Wie blicken Sie auf Ihre Zeit als Ravensburger OB heute zurück?

Zunächst muss ich für die wirtschaftliche Ausgangslage dankbar sein. Wenn ich Stadtpolitik mache und kein Geld habe, ist vieles nicht möglich – auch wenn das Knappe auch zu Ideen führen kann.

Was ich besonders geschätzt habe, war die offene und gute Zusammenarbeit im Gemeinderat. Das Vertrauen, das der Gemeinderat in mich als Mensch hatte, hat sich auf die fachlichen Ziele übertragen und mir geholfen, auch die schwierigen Themen anzugehen. So konnten wir über die Jahre Themen gemeinsam beackern. Wenn Misstrauen herrscht, ist das schwierig.

Was war notwendig, um eine solche Atmosphäre der vertrauensvollen Zusammenarbeit zu kultivieren?

Es war immer mein Anliegen, alle gleich zu behandeln. Unabhängig von der Parteizugehörigkeit, muss ich jeden gleich und ohne Vorbehalte anhören. Zudem war mir immer der Ausgleich wichtig. Wenn ich in einer Stadt ständig nur streite, kann ich nichts bewegen; zentrale Projekte sind so nicht möglich. Es muss gelingen, dass man miteinander auch Kompromisse und Lösungen findet. Dazu gehört, selber auch mal zurückzustecken, nicht stur zu sein und sich mit aller Gewalt durchzusetzen. Man redet offen miteinander – so entsteht eine Gesprächskultur und damit auch Vertrauen.

Heute ist die Ravensburger Altstadt ein Treffpunkt mit hoher Aufenthaltsqualität – wie war das zu Beginn Ihrer Amtszeit? Was war die zentrale Herausforderung?

Die Zukunft der Altstadt war vor allem noch ungeklärt. Die Stadtsanierung hatte schon begonnen, aber es war noch vieles sehr unklar und offen: Lassen wir das alles so weiterlaufen und zerfleddern oder kehren wir zur alten Stadtkultur zurück? Zudem gab es viele Zerwürfnisse, insbesondere

der Konflikt zwischen Denkmalpflege und Wirtschaft war ziemlich heftig. Da gab es einiges zu tun.

Sie haben damals den Slogan „Innen vor Außen“ geprägt – was haben Sie damit gemeint, was war die Kernidee?

Dieser Begriff hat sich entwickelt, das war ein Prozess. Es war klar, dass wir eine neue Idee brauchen, wie wir unsere Schwerpunkte bei Wirtschaft und Handel setzen. In dieser Zeit haben viele andere Städte große Einkaufszentrum am Stadtrand hochgezogen. Da haben wir den Versuch gewagt, zurück in die Mitte zu gehen. Die Mitte ist immer die Kombination von Erlebnis, von Jung und Alt, von ganz verschiedenen Menschen, man trifft sich in der Mitte. Deshalb haben wir uns vorgenommen, die Privaten und die Stadt in einen Gang zu bekommen, damit sie in die Mitte der Stadt investieren. Damals waren die staatlichen Programme recht gut ausgestattet, das war die Voraussetzung.

Trotz einiger kritischen Gegenstimmen haben wir im Stadtrat beschlossen, dass es bei uns auch weiterhin keine Einzelhandelsgroßprojekte auf der grünen Wiese gibt. Das war natürlich riskant und ich hatte manchmal Zweifel, ob wir das durchhalten können. Dann haben wir das Einzelhandelsgutachten aber zweimal fortgeschrieben und gesagt, dass wir bei diesem Grundsatz bleiben.

Drei Eckpunkte waren uns wichtig: Die Einkaufsstadt mit dem Handel, die Kulturstadt gemeinsam mit der Jugendarbeit und als drittes die Sicherheit in der Stadt. Stadtmitte ist mehr als Einkaufen. Der Handel ist natürlich auch wichtig, ist aber nur ein Teil.

Können Sie die drei Eckpfeiler näher beschreiben?

Wir hatten festgestellt, dass es für die Altstadt hochriskant ist, nur auf den Einzelhandel zu setzen. Deshalb haben wir der Kultur eine neue Leitfunktion gegeben. Kultur macht die Geschichte der Stadt aus, man kommt zusammen. Echte Feste sind dafür ein unschätzbarer Wert und auch neue Initiativen wie die Vesperkirchen sind sehr wertvoll, um unterschiedliche Menschen zusammenzubringen. Demgegenüber haben wir versucht, oberflächliche Events und Allerweltveranstaltungen möglichst aus der Stadt fernzuhalten.

Auch junge Menschen halten sich gerne in der Altstadt auf. Sie wollen gesehen werden, sich zugehörig fühlen, dort sein, wo was los ist. Deshalb haben wir beschlossen, nach Mitternacht Busse in fünf Richtungen fahren zu lassen, um den jungen Leuten die notwendige Sicherheit zu bieten.

In der Kultur waren drei Leuchtturmprojekte für die Innenstadt von besonderer Bedeutung: das Museum Humpis-Quartier, das den historischen Schatz der Stadt zum Ausdruck bringt, das Verlagsmuseum der Ravensburger Spiele und natürlich das neue Kunstmuseum mit der Sammlung Selinka.

Es geht aber nicht nur um das Schöne und Problemlose, sondern auch um lange verdrängte Themen der Vergangenheit. Neben der Partnerschaft zu Israel, haben wir mit den Stolpersteinen etwas Sichtbares zur Erinnerung an die Opfer des Holocausts installiert. Die Altstadt ist keine heile Welt, wir haben auch die Insel eingerichtet – ein Kontaktladen für drogenabhängige Menschen.

Was waren im Bereich Sicherheit die wesentlichen Aspekte?

Das Thema Sicherheit war der dritte Eckpfeiler unseres Vorgehens. Die Altstadt ist ja auch die dichte Stadt, da sind viele Menschen beieinander und wenn sie nicht mehr sicher ist, wird sie gescheut. Dafür braucht sie feste Grenzen und eine verlässliche öffentliche Ordnung. Bei Verhetzung und Gewalt muss man rechtzeitig einschreiten. Da muss man auch hinstehen und es braucht ein Klima des Mutes. Es bedeutet aber nicht die vandalensicher umgebaute Stadt, es ist ein breiterer Begriff: Sehen und gesehen werden, Verantwortung für andere übernehmen, hinschauen.

Mit der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Jugendarbeit haben wir auch das viel beachtete Projekt „Kommunale Kriminalprävention“ gemacht. Es hat sich gelohnt, weil es ein Bewusstsein geschaffen hat. Gemeinsam mit dem Schülerrat haben wir weitere Projekte zum Thema sicheres Nightlife, Alkohol und Suchtprävention gemacht.

Welche Akteure galt es für das Vorhaben zu gewinnen und wie konnten sie überzeugt werden?

Es gab einen sehr engagierten Apotheker, den Herrn Nonnenbroich, der die Idee stark unterstützt hat. Wichtig war, dass er als Apotheker keine direkten Interessen hatte. Er hat sich letztlich dafür eingesetzt, dass sich diese Stadt ihre hohe Kultur bewahrt. Er war auch sehr emotional gelagert, was geholfen hat, das Thema anzupacken. Seine menschliche und selbstlose Art hat einfach überzeugt.

So konnten wir die Menschen schrittweise überzeugen, dass Denkmalpflege nicht nur Verhinderung und Streit bedeutet, sondern eine Chance in der Region und ein Standortvorteil ist. Warum soll man in Ravensburg einkaufen? Man will doch dort hingehen, wo es auch schön ist. Es ist ein

wirtschaftlicher Vorteil, wenn der Handel seine Ware in einem schönen Umfeld anbietet.

Es gab auch formal drei wichtige Akteure. Das war der Altstadtbeirat, das Bürgerforum Altstadt und das Gemeinschaftsunternehmen Initiative Ravensburg. Wir haben dann als Stadt und Gemeinderat mit dem Wirtschaftsforum die Initiative Ravensburg gegründet und eine Lenkungsgruppe eingerichtet. Diese hat sich dadurch ausgezeichnet, dass man regelmäßig in Kontakt war. Wenn es irgendwo Stress gab, hat man sich kurzfristig getroffen und ausgetauscht. So ist Vertrauen entstanden und wir haben regelmäßig die anstehenden Themen durchgesprochen. Mir war wichtig, die Wirtschaft immer einzubeziehen, da sie ein gutes Stück von der Altstadt ausmacht. Wenn sie nicht mehr funktioniert, dann tun wir uns schwer.

Welche Schwierigkeiten haben sich im Prozess ergeben und wie konnte diesen begegnet werden?

So eine lebendige Innenstadt ist natürlich eine tägliche Gratwanderung, das muss man wissen. Man muss die Freiheit haben, die Dinge auch mal laufen zu lassen, du kannst nicht alles planen. Eingreifen und laufen lassen. Man braucht aber auch eine klare Kante, sonst verliert es sofort an Attraktivität. Es gilt, den Alltag miteinander auszuhandeln, wie es zugeht in der Stadt. Man muss miteinander reden.

Du musst in der Altstadt den Mut haben, Versuche zu machen und auch mal zurücknehmen, wenn etwas nicht funktioniert. Das war z. B. beim Verkehrskonzept der Fall. Da dachte ich zunächst, wir machen aus der Innenstadt einfach eine große Fußgängerzone. Doch nach Gesprächen mit den Händlern bin ich davon wieder abgerückt. Man muss auch lernfähig sein. Wir haben es dann mit den Fußgängerzonen nicht übertrieben und das gemischte Verkehrskonzept hat gut funktioniert. Vielleicht war ich da meiner Zeit auch etwas voraus, heute kommt ja wieder Bewegung in diese Frage.

Auch heute liegen viele Innenstädte brach, verlieren ihre Anziehungskraft – was kann man von der Entwicklung in Ravensburg lernen?

Die Menschen wollen das direkte Erlebnis, sie wollen sehen, riechen, fühlen – das spricht für jede Innenstadt. Doch man kann die Lösung anderer Städte nicht einfach kopieren. Das geht nicht. Man muss hinter die Kulissen schauen: Was war das für eine Ausgangslage? Was ist das für eine Stadt? Was sind das für Menschen? Wie ist die Region? Jede Stadt hat ihren eigenen Charakter und muss auch ihren eigenen Weg finden.

In meiner Anfangszeit wollte mich das Wirtschaftsforum davon überzeugen, bei Prognos ein Gutachten einzuholen. Ich habe davon dringend abgeraten. Auch wenn es anstrengend ist, müssen wir uns die Arbeit selbst machen und die Lage genau eruieren und Lösungen gemeinsam entwickeln. Bei einem Gutachten fühlt sich am Ende niemand angesprochen. Klar, es gab natürlich zahlreiche Eigeninteressen. Aber die brauchen wir, um am Ende eine Lösung für alle zu finden. Da braucht es viel Überzeugungsarbeit und man muss viel mit den Menschen reden.

Was würden Sie – wenn Sie den Prozess noch mal gestalten müssten – heute anders machen?

Vieles war ja nicht falsch. Aber ich würde ein paar Sachen anders machen. Man muss versuchen, komplizierte Sachverhalte in der jeweils geeigneten Art besser und früher rüberbringen. Ein Beispiel aus einem anderen Kontext: Die Umgehungsstraße war in dem Moment besser umsetzbar, als wir ein großes Modell gebaut haben und den Leuten unsere Pläne veranschaulichen konnten. Man muss auch auf die unterschiedlichen Voraussetzungen der Leute eingehen und ihnen entsprechend kommunizieren.

Welche Eigenschaften und Fähigkeiten waren aus Ihrer Sicht notwendig, um eine Gemeinde erfolgreich zu führen und Veränderungen umzusetzen?

Ich glaube das Wichtigste ist, dass man glaubwürdig, offen und ehrlich ist. Auf Menschen zugehen, mit ihnen reden und sie versuchen zu verstehen – gerade in schwierigen Zeiten. Keine Kungeleien machen und vor allem auf Fair Play achten. Ganz wichtig ist auch die fachliche Qualifikation. Die Zeiten sind vorbei, in denen man den Leuten etwas vormachen konnte. Zudem muss man bereit sein, in unangenehmen Situationen entschlossen zu entscheiden. Um langfristige Projekte zu realisieren, muss man geduldig und beharrlich sein: Sich wie ein Piranha festbeißen, aber dabei diplomatisch vorgehen. Schließlich braucht man als OB auch klare Ziele und eine klare Vorstellung, wo es mit der Stadt hingehen soll, sonst wird man zum Spielball aller möglichen Gruppen.

Welche zentralen Zukunftsaufgaben sehen Sie auf das Amt des Bürgermeisters zukommen?

Eigentlich sehe ich keine wesentlichen anderen, als er oder sie heute hat. Ich bin nach wie vor überzeugt, dass der Weg über Kooperation mit der Stadtbevölkerung der richtige ist. In dieser technisierten Welt bleibt der

Kontakt unter Menschen entscheidend. Trotz all der technischen Möglichkeiten gibt es viele Menschen, die vereinsamen und isolierte Vorstellungen entwickeln. Der Leiter einer Stadt muss mit den Menschen reden und versuchen, sie zu überzeugen.

Wenn man eine Führungsaufgabe in der Stadt hat, muss man als Person glaubwürdig sein. Man muss kein besserer Mensch sein, aber man sollte in seinem Verhalten in der Gemeinschaft vorbildlich sein. Es ist ganz wichtig, sich immer wieder daran zu messen, was man auch von anderen erwartet.

Schließlich die Parteipolitik. Man kann parteipolitisch engagiert sein, wenn man das will. Das finde ich gut. Aber in der Kommune sollte zunächst der Mensch gelten und nicht die Partei. Grundsatzentscheidungen können mal parteipolitisch motiviert sein, um Mehrheiten zustande zu bringen, aber letzten Endes gilt die Gemeinschaft. Im Gemeinderat zählt jeder und jede als Mensch und jede Meinung ist anzuhören – auch wenn es manchmal mühsam ist.

Das Interview führte Mathis Dippon.

Finanzen sanieren

Interview mit Prof. Dr. Jörg Henkes, Finanzwissenschaftler,
Hochschule Kehl

Infrastruktur schaffen und Städte und Gemeinden innen entwickeln: all das funktioniert nicht ohne Geld. Der Finanzwissenschaftler Prof. Dr. Jörg Henkes, Dekan an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl, hat die Entwicklung der Kommunalfinanzen fest im Blick. Im Interview erläutert er, dass es nicht nur ein Nord-Süd-Gefälle, sondern auch ein Ost-West-Gefälle gibt, was die Kommunalfinanzen anbelangt. Auch die Frage, warum die Kommunen in Deutschland von der traditionellen Kameralistik auf das „Neue Kommunale Finanzwesen“, eine Art kaufmännische Buchführung, umgestellt haben, wird erklärt. Der aus dem Saarland stammende, studierte und promovierte Betriebswirt beantwortet auch die Frage, wie man als Kommune Sparen und Investieren richtig ausbalancieren kann.



Jörg Henkes

Herr Bürgermeister a.D. Artur Ostermaier hat in seinem Beitrag „Infrastruktur schaffen“ in diesem Buch darauf hingewiesen, dass in der Phase der Gründung der neuen Bundesrepublik Deutschland eine wesentliche Aufgabe der Bürgermeister war, die nötige Infrastruktur in den Gemeinden zu schaffen. Die Bürgermeister von damals waren Bauherren, die von Baustelle zu Baustelle fuhren, um die Bauausführung für Infrastrukturprojekte, wie Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Schulen, Kindergärten etc. zu überwachen. Woher nahmen die Gemeinden damals das Geld für diese Aufgaben?

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging es in erster Linie darum, geeignete Verwaltungsstrukturen zu schaffen und auch die einzelnen Bundesländer neu zu bilden. So gab es beispielsweise im heutigen Baden-Württemberg drei Verwaltungseinheiten: Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden, welche dann erst 1952 zu dem Südweststaat Baden-Württemberg zusammengeschlossen worden sind. Die Städte und Gemeinden hatten damals schon die Gewerbesteuer, allerdings nach Ertrag und nach Kapital. Es gab auch eine Grundsteuer und das sogenannte Steuerfindungsrecht, nach welchem Gemeinden eine Hundesteuer und andere Steuern erheben konnten. Selbstverständlich gab es auch damals schon die sog.

Erwerbseinkommen (Einnahmen aus Wald und sonstigem Grundbesitz sowie Überschüsse wirtschaftlicher Unternehmen) sowie das Aufkommen aus kommunalen Abgaben wie Steuern, Gebühren und Beiträgen. Später gab es dann auch einen Finanzausgleich zwischen den Gemeinden und den Ländern, der allerdings in jedem Bundesland unterschiedlich geregelt war und der die Finanzbeziehungen der Städte und Gemeinden mit dem Land regelte und auch heute noch regelt. Aus diesen Einnahmequellen resultieren die Ressourcen, welche die Städte und Gemeinden für die Schaffung ihrer Infrastruktur benötigten.

Im Jahr 1950 betrug der Anteil an den gesamten Steuereinnahmen der Kommunen in Deutschland bei der Grundsteuer A und B 42,5 %, bei der Gewerbesteuer 47,1 % und bei den sonstigen Steuern 10,4 % (Quelle: Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium, Schriftenreihe des BMF, Heft 31). 1969 waren die Anteile bei der Grundsteuer A und B 13,8 %, bei der Gewerbesteuer 81,7 % und bei den sonstigen Steuern 4,5 %. Bei der Gewerbesteuer waren große Steuerkraftunterschiede nicht nur zwischen den Gemeinden unterschiedlicher Größenordnung, sondern auch bei Gemeinden gleicher Größe entstanden. Dazu kam, dass die Gewerbesteuer äußerst konjunkturreagibel war. Das führte zu der Gemeindefinanzreform 1969/70. Die Gemeinden wurden am Aufkommen der Einkommenssteuer beteiligt (Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer), Bund und Länder erhielten im Tausch einen Anteil am Gewerbesteueraufkommen (Gewerbesteuerumlage). Im Nachhinein betrachtet: War diese Reform richtig?

Grundsätzlich war es m. E. richtig, die Finanzausstattung der Kommunen weniger konjunkturrelastisch auszugestalten, denn die Gewerbesteuer war und ist aufgrund des Gewerbeertrags als Bemessungsgrundlage sehr konjunkturabhängig. Dies liegt daran, dass der Gewerbeertrag auf dem einkommensteuerlichen bzw. körperschaftsteuerlichen Gewinn basiert und diese beiden Gewinngrößen ihrerseits (bei bilanzierenden Unternehmen) auf dem handelsrechtlichen Gewinn basieren. Durch diverse Hinzurechnungen und Kürzungen in den genannten Steuergesetzen findet zwar im Ergebnis eine gewisse Verbreiterung der Steuerbasis statt, allerdings ändert dies nicht wirklich viel an der Konjunkturabhängigkeit der Gewerbesteuer. Besonders problematisch ist diese Abhängigkeit in zeitlicher Hinsicht, denn die Gemeinden haben bei sinkenden oder gar einbrechenden Gewinnen ihrer Unternehmen kaum Vorwarnzeit. Besonders deutlich wurde dies in der Coronazeit durch die großzügige Anerkennung von Anträgen zur Herabsetzung der Vorauszahlungen. Ohne Herabsetzung der Vorauszahlungen hätte es (nur) ein wenig länger gedauert, bis die Einbrüche spürbar gewesen wären.

Insofern war es nach m.E. richtig, durch die Gemeindefinanzreform 1969/70 den Kommunen etwas mehr finanzielle Sicherheit zu verschaffen. Der gewählte Weg über die Beteiligung am Aufkommen der Einkommensteuer war einer von mehreren möglichen Wegen und wenn man die aktuelle Situation betrachtet, in der bei einigen Kommunen die Einkommensteuereinnahmen höher sind als die Gewerbesteuereinnahmen, auch nicht der verkehrteste. Denkt man sich diese Einnahmen aus den Haushalten der betreffenden Gemeinden weg, müssten andere Ausgleichsmechanismen gefunden werden.

In Teilen kurzfristig, v.a. aber mittel- und langfristig gesehen ist aber auch die Einkommensteuer (inkl. der Lohnsteuer als Erhebungsform) konjunkturabhängig, wie die coronabedingten Einbrüche gezeigt haben.

Allerdings wäre es Utopie zu glauben, ein Land wie Deutschland könne sich konjunkturresistent aufstellen. Unser Wohlstand ist nicht gottgegeben und atmet mit der Wirtschaftskraft. Auch die Umsatzsteueranteile sind in letzter Konsequenz konjunkturkorreliert.

Heute wird auch immer wieder im Vorfeld von Wahlen die Abschaffung der Gewerbesteuer diskutiert. Dafür sollen die Gemeinden einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer erhalten. Halten Sie das für sinnvoll?

Man kann die Gewerbesteuer mit einem Blick über die Grenzen hinweg durchaus kritisch sehen, denn in den meisten anderen Ländern gibt es keine vergleichbare Abgabe, was zu Schwierigkeiten und Komplexität im Hinblick auf die Vermeidung von Doppelbesteuerungen führt. Die Hebesatzautonomie führt zudem zu nicht unerheblichen Belastungsunterschieden und der geringe Mindesthebesatz von 200 % verhindert einen Unterbietungswettbewerb nicht gänzlich.

Dennoch wird Deutschland durch die Gewerbesteuer dem grundgesetzlichen Auftrag nach Art. 28 Abs. 2 GG (mit Hebesatzrecht ausgestaltete, wirtschaftskraftbezogene kommunale Steuerquelle) gerecht und in den oft von Bierdeckelpropheten getriebenen Diskussionen fehlt in aller Regel eine adäquate Ersatzlösung und einfache Lösungen wie in der Fragestellung skizziert gibt es nicht.

Angenommen es ließe sich verfassungsrechtlich umsetzen, die GewSt durch höhere USt-Anteile zu ersetzen, so müssten zur Kompensation der bei einer Abschaffung ausfallenden ca. 50–60 Mrd. € Gewerbesteuereinnahmen erhebliche Änderungen bei der Umsatzsteuer erfolgen. Eine erwartbare Maßnahme wäre dann das Anheben der Steuersätze. Auf die dann entfesselte Gerechtigkeitsdiskussion wäre ich gespannt.